Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch !

VORWÄRTS

Zeitung des Kommunistischen Bundes Tirol (KB Tirol)

Preis S 3.- Jhg.1 Nr.1 Juli 1974

»Bäume bleiben - Stadtrat weg !«



Ende Juni erfuhren die Innsbrucker von ihren Stadtvätern , daß das Projekt "Tiefgarage am Rennweg" endgültig verwirklicht werden soll. Unter der Leitung des Innsbrucker Ober-Stadtverplaners Arch. Prachensky wollte der berüchtigte Wiener Garagenbauer Pruscha einen Teil des Hofgartens durch eine riesige Garage unterhöhlen. Dazu hätten 38 Bäume gefällt werden sollen. Wieder einmal sollte über die Köpfe der Stadtbewohner hinweg ein Teil ihres Erholungsraums zerstört werden.
Das ließen sich die Innsbrucker nicht gefallen.
Das Garagenprojekt brachte das Faß zum Überlaufen. Schon lange sind die Innsbrucker erbost und beunruhigt über die Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Stadt:

- der Autoverkehr nimmt überhand, an öffentlichen Verkehrsmitteln mangelt es hinten und vorn
- Luftverpestung und Lärm sind die Folge
- es gibt viel zu wenig öffentliche Erholungsflächen, die bestehenden werden fortlaufend zerstört.

Darum gab es für die Innsbrucker nur eines:

Fortsetzung auf S. 2

Gegen Steuerraub !
10 000 S im Monat steuerfrei !

Was wir jetzt, nach dem großen Trara, von der Steuerreform 1975 noch zu hören kriegen, ist nur mehr eins: Wir sollen deswegen im Herbst weniger Lohn - Erhöhung kriegen.
Dabei sind wir schon durch die "Reform" betrogen worden.
"Bis zu 1.400 S weniger Lohnsteuer!" warb die "Arbeiterzeitung"- aber nur, wenn einer 25.000 Schilling verdient.
Für die 80%, die unter 10.000 Schilling verdienen, bringt die "Reform" an die 300 S, und das ist bei der Teuerung nichts als ein Hohn.

Wie bei jeder Lohnsteuerreform wurden die Steuergruppen etwas verschoben, aber der steile Anstieg der Progression bleibt.
Mit der nächsten Lohnerhöhung kommen wir schon wieder in die Progression hinein, und die "Ersparnis" ist beim Teufel. Wir werden trotz Reform mehr Steuer zahlen als bisher!

Fortsetzung auf S. 6

»Das Projekt muss fallen !«

Gleich nach dem Bekanntwerden des geplanten "Baummordes" waren Plakate mit Aufschriften wie "Die Lungen einer Stadt sind ihre Bäume und nicht ihre Politiker" an den betroffenen Bäumen aufgetaucht. Bis spät in die Nacht hinein diskutierten empörte Passanten über diese neuerliche Schweinerei öffentlich verantworten. Diese feinen Herren mit ihren Villen im Grünen, wie Bürgermeister Lugger und Vizebürgermeister Obenfeldner, die Herren Gemeinderäte, die mit unseren Steuergeldern umgehen, als würden sie ihnen gehören, und sich einen Dreck um die Bedürfnisse der Bevölkerung kümmern, sie sollten einmal zu der von ihnen gebilligten Verwüstung öf-



Sauerei und hinderten Magistratsbeamte am Entfernen der Tafeln.

Es blieb nicht bei Diskussionen - am Mittwoch, dem 4.7., schritten die Innsbrucker zur Tat. "Das Projekt muß fallen!", etwas anderes gab es nicht. Unter dieser Parole versammelten sich am Mittwoch Nachmittag über 1000 Innsbrucker vor dem Rathaus - obwohl die Zeit (15 Uhr) äußerst ungünstig war (die meisten Leute arbeiten um diese Zeit, außerdem wurde um 16 Uhr das WM-Spiel BRD-Polen übertragen) und obwohl es regnete.

Sie forderten stürmisch und lautstark

»Volksvertreter zur Rechenschaft !«

Die von uns gewählten Volksvertreter sollten sich nach Meinung aller Anwesenden für diese

fentlicher Grünflächen Stellung nehmen.

»Volksvertreter - Volksverräter !«

Aber keiner der Herren Gemeinderäte erschien auf dem Rathausbalkon, obwohl sie alle im Sitzungszimmer hinter den Balkontüren saßen. Keiner getraute sich vor das Volk,von dem diese Herren schließlich gewählt wurden - und auch wieder gewählt werden wollen - zu treten. Das ist auch nicht verwunderlich, haben sie doch alle miteinander Dreck am Stecken - auch beim "Baummord"-Projekt am Rennweg.

Was die Innsbrucker von diesem Projekt und seinen Verfechtern halten, sagten sie ihnen sehr deutlich auf mitgebrachten Schildern und mit Sprechchören:

"Politikerspiel: Bäume fällen - Wählerspiel: Kandidaten streichen!"

"Baumfäller sind unwählbar!"

"Ob schwarz, ob rot, ob braun, ob blau - wer Bäume fällt, der isch a Sau!"

Denn ganz egal, von welcher bürgerlichen Partei so ein Gemeinderat ist, wenn's um die Entscheidung geht, entweder Profit für wenige oder Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes, dann sind sich alle "Volksvertreter" einig - gegen das Volk.

Nur die beiden TAB-Gemeinderäte - Posch und Steidl - waren unter den Demonstranten. Sie wollten sich wieder einmal als Alternative zu den anderen Parteien aufspielen und Wählerstimmen absahnen. Natürlich sind die TAB-ler - weil sie den anderen Parteien Stimmen abjagen wollen - manchmal gezwungen, fortschrittliche Positionen zu vertreten. Fortschrittlich waren sie in diesem Fall, weil sie die Forderung nach dem Fall des Tiefgaragen-Projektes unterstützten. Das war aber auch schon alles. Denn das einzige, was sie in einer Presseaussendung sonst noch anboten, war die Forderung, eine noch größere Tiefgarage im Gelände der Fenner-Kaserne (ein paar hundert Meter vom Rennweg entfernt) zu bauen.

Wir brauchen aber überhaupt keine Tiefgarage, sondern gute Massenverkehrsmittel (Busse, Straßenbahnen usw.). Denn wenn man mit dem Bus jederzeit überall hinkommt, dann braucht niemand mehr mit dem Auto in die Stadt zu fahren.

»Wenn das Volk kommt, brauchen die 'Volksvertreter' Polizeischutz !«

Wenn sich die Demonstranten auch vom Betreten des Rathauses abhalten

ließen, zeigten sie doch sonst keinerlei Respekt vor der Polizei. Die Polizisten wurden ausgepfiffen, vor ihren Augen wurde das Rathaus mit Tomaten beschossen, sogar aus der ersten Reihe, und jeder Treffer wurde stürmisch bejubelt.

Wehe dem Polizisten, der es gewagt hätte, einen Tomantenwerfer aus der Menge herauszuholen. Nahmen die Polizisten auch nur mit Blicken einen Demonstranten aufs Korn, hieß es gleich: "Schaut's, auf den zeigen die Kieberer immer, paßt's auf, daß sie ihm nichts tun."

Den Polizisten wurden gute Ratschläge gegeben: "Schleicht's euch, geht's gscheiter auf die Bäume aufpassen als auf den Lugger!"

Aber in erster Linie richtete sich die Empörung gegen die Politiker im Sitzungssaal oben.

›Vor der Wahl das Maul auf'grissen - vor dem Volk in d' Hosen g`schissen!‹

So schallte ein vielhundertstimmiger Chor der erbosten Innsbrucker zu diesen sauberen Volksvertretern hinauf, die hinter Vorhängen versteckt, auf "ihr" Volk herabschauten.

Vor der Wahl hatten sie groß dahergeschwätzt von "mehr Lebensqualität", von "lebenswerter Umwelt" und ähnlichem mehr, und wollten uns damit für dumm verkaufen.

Nach der Wahl haben sie auf ihre Sprüche gepfiffen und munter drauflosgeplant:

- der rund 20.000 m^2 große Grüngürtel zwischen Innstraße, Riedgasse

Fortsetzung auf S. 11

Ausweisung zweier persischer Kollegen erfolgreich verhindert

Die beiden persischen Kollegen Hadi Handjani und Reza Haschemi sind wieder in Österreich. Die Regierung mußte dem Druck großer Teile der Bevölkerung nachgeben und die Ausweisung wieder aufheben. Allein in Tirol setzten sich über 1.000 Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Schüler und Studenten durch ihre Unterschrift für die sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbots und die völlige rechtliche Gleichstellung aller ausländischen Kollegen mit den Inländern ein.

In der Nacht vom 18.6. auf 19.6. wurden die beiden persischen Kollegen Hadi Handjani und Reza Haschemi aus ihren Betten heraus verhaftet. Noch in der gleichen Nacht wurden sie von der Fremdenpolizei verhört und für fünf Jahre aus Österreich ausgewiesen. Am nächsten Tag in der Früh wurden sie dann, mit Handschellen gefesselt, in den Kärntenexpress verfrachtet und nach Jugoslawien abgeschoben.
Reza Haschemi und Hadi Handjani waren als Röntgenassistenten am Salzburger Landeskrankenhaus beschäftigt, vorher hatten sie in Innsbruck studiert.

Die beiden Kollegen sind an ihrem Arbeitsplatz immer für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes eingetreten, gemeinsam mit inländischen und ausländischen Kollegen, sie haben mit fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen zusammengearbeitet, und haben sich für die Kämpfe ihres eigenen Volkes und anderer unterdrückter Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung eingesetzt.
So etwas können die Kapitalisten natürlich nicht zulassen. Für sie sind die ausländischen Kollegen nur billige Arbeitskräfte, die zwar in Österreich Steuern zahlen und bis aufs letzte ausgebeutet werden, aber sonst den Mund halten sollen.

Die Rechtlosigkeit und Unwissenheit der ausländischen Kollegen, im Ausländergesetz verankert, wird von den Kapitalisten ausgenützt, um die österreichischen Arbeiter den Ausländern entgegenzustellen.

Bei jedem Streik versuchen die Unternehmer mit allen Mitteln, die ausländischen Teile der Belegschaft zum Streikbruch zu zwingen, und so den österreichischen Arbeitern in den Rücken zu fallen. (siehe Hukla-Streik-Bericht)

Fortsetzung auf S. 4

Aus dem Inhalt:

Deshalb ist der Kampf für die vollständige rechtliche Gleichstellung der ausländischen Kollegen gleichzeitig auch der Kampf für unsere Rechte.

Erst wenn die Ausländer nicht durch Drohungen mit Ausweisung und ähnlichem von den Kapitalisten eingeschüchtert werden können, kann die Spaltung zwischen ausländischen und inländischen Kollegen aufgehoben werden.

Das versuchen die Unternehmer natürlich krampfhaft zu verhindern, denn sie wissen ganz genau: Sie sind im Grunde nur sehr wenige, die Arbeiter und das Volk aber sehr viele.

Und sie haben nur solange die Macht in der Hand, solange es ihnen gelingt, die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes zu verhindern!

Verträge mit dem Schah

Hinzu kommt noch, daß die Regierung riesige Wirtschafts- und Handelsverträge mit dem Schahregime abgeschlossen hat, die sehr günstig für die österreichischen Kapitalisten sind. Dafür mußte sich die österreichische Regierung verpflichten, gegen jede fortschrittliche Bewegung der in Österreich arbeitenden oder studierenden Perser sofort vorzugehen, um zu verhindern, daß das österreichische Volk mitbekommt, was in Persien wirklich los ist.

Schon lange arbeiten Agenten des persischen Geheimdienstes SAVAK, getarnt als Botschaftsangehörige, in trauter Eintracht mit der österreichischen Staatspolizei zusammen, um die persischen Kollegen zu kontrollieren und zu tyrannisieren, und jetzt soll noch schärfer durchgegriffen werden.

Die Verhinderung der Ausweisung ist ein Erfolg

Die 1.000 Unterschriften, die allein in Tirol gesammelt wurden, zeigen, daß sich immer mehr Menschen gegen die Willkürakte des bürgerlichen Staates zu wehren beginnen.

Und sie zeigen auch, daß wir nicht machtlos den Angriffen der Kapitalisten und ihres Staates ausgeliefert sind.

Sicher ist das nicht der letzte Versuch, die Rechte des Volkes zu beschneiden.

Aber ebenso sicher wird es der Regierung nicht mehr so leicht gelingen, hinter unserem Rücken volksfeindliche Politik zu machen.

FÜR VOLLE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG ALLER AUSLÄNDER, DIE IN ÖSTERREICH ARBEITEN ODER AUSGEBILDET WERDEN!

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG! FÜR DIE ABSCHAFFUNG ALLER BESTIMMUNGEN, DIE DIE UNVERLETZLICHKEIT DER PERSON UND DER WOHNUNG, DIE MEINUNGS- UND REDEFREIHEIT, DIE PRESSE-, VERSAMMLUNGS- UND KOALITIONSFREIHEIT, DIE STREIK-, ORGANISATIONS- UND DEMONSTRATIONSFREIHEIT EINSCHRÄNKEN !

-cb/g.sch.-

Stabilisierung auf dem Rücken des Volkes

Die Regierung hat jetzt die Phase IV der Stabilisierung ausgerufen. Mit ihrem Stabilisierungsplan will sie die Teuerung, die aller Index-Kosmetik zum Trotz die lo %-Grenze überschritten hat, bekämpfen. Eine Teuerung, von der keiner wissen will, woher sie kommt: die gescheitesten Professoren zerbrechen sich die Köpfe und kommen nicht drauf.

Die Politiker lassen uns pausenlos die verschiedensten Versionen hören: für die Herren von der Regierungspartei wird die Inflation aus dem Ausland importiert, für die Oppositionspolitiker wird sie von der Regierung "hausgemacht".

Es ist aber nicht "das Ausland", das die Preise treibt, auch nicht "die Regierung". <u>Es sind einzig und allein die Kapitalisten, seien es die ausländischen oder die einheimischen, zu denen natürlich auch der Staat gehört, die die Preise treiben</u>.

Aber diese Tatsache paßt nicht ins Konzept der bürgerlichen Parteien, die ja alle in die Regierung wollen - wo sie dann die Staatsgeschäfte für die Kapitalisten führen können.

Das Stabilisierungs Paket - Ein Schlag gegen die Werktätigen

Ganz danach - nämlich Unterstützung für die Kapitalisten - sehen die Stabilisierungsmaßnahmen der Phase IV aus. Sie sollen helfen,

daß sich "unsere Wirtschaft gesund weiterentwickeln kann".

Deshalb ist der zentrale Punkt des ganzen Stabilisierungspakets der Lohn- und Preisstop.

Was vom Preisstop zu halten ist, zeigt sich Tag für Tag - die Preise steigen munter weiter - trotz Staribachers heldenhaftem Kampf an der Preisfront. (siehe Kasten)

Ganz anders ist es bei den Löhnen. Wenigstens da soll, wenn es nach der Regierung geht, die Stabilisierung Erfolg haben. Die ganzen Schwierigkeiten, in die die Kapitalisten durch ihr Profitsystem gekommen sind - und das nicht nur in Österreich - sollen wiedereinmal auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden.

Darum ist für die Kapitalisten und ihre Regierung der wichtigste Stabilisierungsbeitrag der Druck auf die Löhne. Der wird, im Hinblick auf die Lohnrunde im Herbst, schon aus allen Richtungen angekündigt.

- ÖGB-Präsident Benya gelobt "Zurückhaltung" im Herbst - wenn man allein als Nationalratspräsident schon über 80.000 S im Monat verdient, kann man sich natürlich leicht zurückhalten.

- Finanzminister Androsch: "Es kann im Herbst keine volle Index-Abgeltung geben".

Keine volle Index-Abgeltung - das heißt weniger als 10 %!

Denn bei ungefähr 10 % hält der offizielle Preisindex. In Wirklichkeit liegen die Preissteigerungen gerade bei den wichtigsten Gütern (Lebensmittel, Wohnung, Kleider) weit über 10 %.

Und bei so etwas spielt der Präsident der größten Arbeiterorganisation, des Gewerkschaftsbundes, mit! Ja, er ist einer der Hauptmacher bei diesem massiven Angriff auf die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung. (siehe Kasten)

Die Opposition stabilisiert mit

Ganz klar, daß sich auch die Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ voll auf die Löhne eingeschossen haben. Ihnen gehen die Stabilisierungsmanöver viel zu wenig weit. Der ÖAAB - der "Arbeiter- und Angestellten"bund innerhalb der ÖVP - versucht allerdings mit ganz üblen Tricks, die Werktätigen am Schmäh zu führen und für die Politik der ÖVP einzuspannen. Er macht sich in Worten stark für höhere Löhne und niedrigere Steuern,

Fortsetzung auf S. 6

Staribachers ›Aktion Preissenkung‹

Mit allerhand Mätzchen versucht man uns vorzumachen, daß die ganze Stabilisiererei auch für uns von Vorteil sei. Um zu beweisen, wie volksfreundlich die Regierung ist und wie einsichtig die österreichischen Kapitalisten sind, geht Handelsminister Staribacher bei den Kapitalisten hausieren.

Und das alles hat er erreicht:

- Eine Kaffeefirma verkauft ihren Kaffee jetzt für 2 oder 3 S pro Kilo billiger.
- Ausländische Bücher werden um etwa 2.4 % billiger.
- Auch Kohlen sind billiger zu haben. Allerdings nur im Sommer. Daß die Kohlenhändler damit nur das schlechte Sommergeschäft ankurbeln wollen, ist dem Handelsminister wurscht. Er bucht das als Erfolg an der Preisfront.

Noch einige ähnliche Geschenke hat uns der Staribacher beschert. Hinterher hat er dann allerdings ganz verschämt erzählt, daß das keine dauernden Preissenkungen seien, sondern "Aktionen". Wir haben also die Hoffnung, daß sich auch diese paar Preise bald wieder ins rechte Lot bringen lassen.

Noch etwas: Die ganzen hart "erkämpften" Preissenkungen machen im Index nicht einmal 0,1 % aus. Wirklich ein großartiger Erfolg!

ÖGB-Präsident Benya: Oberstabilisierer und Kapitalistenfreund

"Der ÖGB wird auch in Zukunft eine Lohnpolitik verfolgen, die sich an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung orientiert."

Sollte sich der ÖGB nicht - als Interessenvertretung der Lohnabhängigen - an dem orientieren, was die Lohnabhängigen brauchen? Benya orientiert sich lieber an den Kapitalisten.

"Grundsätzlich wird der ÖGB an der Formel " 3 % realer Lohnzuwachs" im langfristigen Durchschnitt festhalten. Das schließt nicht aus, daß einmal mehr und einmal weniger erreicht werden kann."

Da laut Benya in den letzten Jahren wesentlich mehr als 3 % erreicht wurden (wo denn?), kann's also diesmal ruhig weniger sein - verständlich, daß Benya das Wort Reallohnabbau höchst ungern in den Mund nimmt.

(Alle Zitate aus einer Rede Benyas am 28.5. beim volkswirtschaftlichen Seminar der Nationalbank in Helenental.)

Stabilisierung...

wenn es aber darum geht, tatsächlich etwas zu tun, dann sind die großen Worte vergessen.

Wenn es gegen die Interessen des Volkes geht, dann sind sich alle bürgerlichen Parteien einig. Sie unterscheiden sich höchstens in Kleinigkeiten - unterscheiden müssen sie sich natürlich irgendwie, sonst kennt man sie gar nicht mehr auseinander.

STABILISIERUNG HEISST SCHLICHT UND EINFACH LOHNRAUB - die Kapitalisten wollen ihre Schwierigkeiten wie immer auf Kosten der Werktätigen beheben.

WS

Fortsetzung von S. 1

Steuerraub ...

FÜR 1975 VERANSCHLAGT ANDROSCH UM 11 MILLIARDEN MEHR LOHNSTEUEREINNAHMEN ALS 1974!

Die "Reform" ändert nichts daran, daß der Staat ein Drittel von jeder Lohnerhöhung kassiert. Sie ändert auch nichts daran, daß der Staat die arbeitenden Menschen ausplündert. Der Anteil der Lohnsteuer und der indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Alkoholsteuer...) an den Staatseinnahmen wächst ständig, die Kapitalisten zahlen im Verhältnis immer weniger Steuern.

Wir haben nicht nur gegen unseren jeweiligen Unternehmer zu kämpfen, wenn es um unseren Lebensunterhalt geht. Von dem, was wir als Lohn bekommen, nimmt uns der Staat einen unverschämten Anteil wieder weg. Und nicht nur als Lohnsteuer, die wir auf dem Lohnzettel ja deutlich sehen. Bei jedem Einkauf ist der Finanzminister dabei. Bei jeder Preiserhöhung werden seine Einnahmen noch größer.

GEGEN DIESE AUSPLÜNDERUNG DER WERKTÄTIGEN MÜSSEN WIR UNS GENAUSO WEHREN WIE GEGEN DEN VERSUCH DER KAPITALISTEN, DURCH TEUERUNG UND LOHNDRÜCKEREI UNSER LEBEN ZU VERSCHLECHTERN UND DAMIT IHRE PROFITE ZU SANIEREN!

Wir brauchen einen steuerfreien Mindestlohn!

Das Steuersystem ist verdammt kompliziert. Den Unternehmern, die ihre geschulten Buchhalter und Steuerhinterziehungsberater haben, nützt das. Die Arbeiter und Angestellten werden dadurch verwirrt. Die vielen Absetzbeträge, Freibeträge und anderen Möglichkeiten, sich ein paar Schillinge zu ersparen, zersplittern uns nur.

Jeder einzelne soll für sich um Almosen betteln gehen (und kann sich dabei auch noch von den Beamten dieses Staates schikanieren lassen). Hier ein Zuckerl, dort ein Zuckerl, aber für alle wird der Steuerdruck größer, das sind dann die "Reformen" in diesem System.

DAS IST DIE METHODE DER GAUNER UND HALSABSCHNEIDER.

Denen ist's umso lieber, je komplizierter und undurchschaubarer ein System ist.

DIE LOHNABHÄNGIGEN ABER HABEN ALLES INTERESSE AN EINEM EINFACHEN STEUERSYSTEM :

Die normalen Masseneinkommen müssen der Steuerprogression entzogen werden; von dem, was ein Arbeiter unter heutigen Verhältnissem zum Leben braucht, darf nichts weggesteuert werden!

BIS 10.000 S IM MONAT STEUERFREI !

Das ist eine klare Forderung. Da gibt's kein Schummeln und keine Packeleien, daran kann niemand was herumdeuteln. Aber alle Arbeiter und anderen Lohnabhängigen können sich unter dieser Forderung zusammenschließen und geschlossen gegen den Lohnsteuerraub kämpfen.

Das ist auch die Forderung, die die klassenbewußten Arbeiter dem Lohnsteuerraub und der Lohnsteuerreformdemagogie entgegenstellen müssen. Zur Durchsetzung dieser Forderung müssen wir Kräfte sammeln.

Weg mit allen indirekten Steuern!

Mit der Forderung nach einem steuerfreien Mindestlohn tun wir einen ersten Schritt im Kampf gegen die Ausplünderung durch den Staat. Aber 53 Milliarden - doppelt soviel wie die Lohnsteuer - bringt 1974 allein die Mehrwertsteuer.

Angeblich sind alle "gleich" von den indirekten Steuern betroffen. Aber eine Arbeiterfamilie muß den größten Teil ihres Lohns für Wohnung, Essen und Transport ausgeben; sie muß noch einen großen Teil ihres Nettolohns dem Staat in den Rachen schmeißen.

Für einen Unternehmer, einen Direktor oder Minister ist der Anteil der lebensnotwendigen Ausgaben am Einkommen viel kleiner. Und für ihre Investitionen bezahlen die Unternehmer keine Steuer: die Steuer,

die auf den eingekauften Gütern drauf ist, können sie sich von ihren Steuerschulden abziehen. Wenn man weiß,was ein findiger Steuerberater alles unter "Betriebsausgaben" verbuchen kann, dann kann man sich vorstellen, daß diese Herrschaften von der Mehrwertsteuer nicht sehr hart betroffen sind.

DIE SCHFINBARE "STEUERGERECHTIGKEIT" ERWEIST SICH ALSO ALS SCHREIENDE UNGERECHTIGKEIT!

Dagegen hat die Arbeiterbewegung schon immer gekämpft. Die klassenbewußten Arbeiter haben immer die Forderung vertreten:

WEG MIT ALLEN INDIREKTEN STEUERN! BESTREITUNG DER STAATSAUSGABEN DURCH PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN, ERBSCHAFT!

Wir wollen diesen Staat, der mit seinen Beamten und Polizisten, Ministern und Subventionen nur den Kapitalisten nützt, nicht aus unserer Tasche bezahlen!

Mit dieser Forderung kann die Arbeiterklasse alle anderen Teile des Volkes, die kleinen Bauern, die niederen Beamten, die kleinen Handwerker, zusammenschließen: es ist eine Forderung, die das ganze Volk gegen den Staat der Kapitalisten erheben muß.

Sind solche Forderungen realistisch ?

Gewisse Schlaumeier, die sich als gute Freunde und Ratgeber der Arbeiter aufspielen, sagen: Das ist "nicht realistisch", das kann man nicht durchsetzen. Ihre scheinbare "Vernunft" aber nützt den Arbeitern gar nichts.

Sollen wir ewig mit "Reformen" betrogen werden. die uns nichts bringen? Sollen wir wie gebannt auf die Packeleien der bürgerlichen Parteien starren und auf Almosen warten, die uns der Staat hinschmeißt?

Nein, so werden wir nie zu was kommen! Wir müssen klare und einfache Forderungen aufstellen und den selbständigen Kampf um ihre Durchsetzung aufnehmen.

Wir müssen mit den Forderungen des Klassenkampfes auf den bürgerlichen Staat, seine Parteien und Verbände Druck ausüben. Reformen, die so - unter dem Druck der Arbeiterklasse und des Volkes - zustandekommen, sind dann Schritte auf dem Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, nicht Manöver, um uns weiter in Abhängigkeit und Verwirrung zu halten.

gf

10000 S im Monat steuerfrei !
Weg mit den indirekten Steuern !
Bestreitung der Staatsausgaben durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen, Erbschaft !

Bundespräsidentenwahl:

Das Volk hat Kirchschläger gewählt ! Ist Kirchschläger ein Mann des Volkes ?

Mit deutlichem Vorsprung hat der Kandidat der SPÖ, Kirchschläger, die Bundespräsidentenwahlen gewonnen.Ohne Zweifel haben große Teile der Arbeiterklasse und des Volkes ihm ihre Stimme gegeben!
Warum?
Weil er immer noch besser ist als Lugger, der sich schon 1934 gegen die Arbeiterklasse stellte.
-Weil Kirchschläger wenigstens wie unsereiner als einfacher Soldat eingerückt ist,und nicht gleich zum Kommandanten befördert wurde.
-Weil Kirchschläger bis jetzt noch keine Stadt verschandelt hat, der Lugger aber schon. Die Kollegen haben also Kirchschläger nicht deshalb gewählt, weil er ein guter Präsident ist, sondern weil er anscheinend das kleinere Übel darstellt!
Gibt es bei Bundespräsidentenwahlen ein kleineres Übel?
Der Bundespräsident vereinigt in seiner Hand große Machtfunktionen.
Er hat den Oberbefehl über das Bundesheer,er kann Notverordnungen erlassen, die Bundesregierung des Amtes entheben,das Parlament auflösen.Diese Rechte werden ihm von der bürgerlichen Verfassung einge-

räumt. Das sind nicht die Rechte des Volkes, das nach Demokratie strebt, sondern die Rechte seiner Unterdrücker: der Kapitalistenklasse. Also die Rechte einer Minderheit von Schmarotzern, die mit Hilfe ihres Eigentums an Fabriken, Maschinen und Produktionsmitteln von unserer Arbeit leben und immer noch besser leben wollen.

Diese Art von Demokratie soll der Herr Kirchschläger vertreten, und daß er das tun will, hat er auch während seiner Wahlkampagne immer wieder betont.

Etwas anderes kann aber der Lugger auch nicht machen.
Mag sich Kirchschläger noch so objektiv, noch so sozial geben, als Bundespräsident kann er nur auf der Seite der Unterdrücker des Volkes stehen.

Für die Arbeiterklasse und für alle fortschrittlichen Menschen ergibt sich aus dem Wahlsieg Kirchschlägers nur eine wichtige Erfahrung: solange die fortschrittlichen Menschen das kleinere Übel wählen, verkaufen sie ihre Interessen an das Bürgertum.

W.W.

Lustige Akkordarbeit

Wenn Kandidaten witzig sein wollen, zeigen sie manchmal ihr wahres Gesicht:

DAS GESICHT VON SCHMAROTZERN, DIE MIT DEN ARBEITENDEN MENSCHEN ÜBERHAUPT NICHTS GEMEINSAM HABEN.

Kirchschläger, der "Mann aus dem Volk", besuchte im Wahlkampf die Philips-Fabrik in Wien. Philips ist ein typischer Frauenbetrieb. Die Frauen sind durchwegs in Lohngruppe 6 und verdienen 3.000 bis 4.000 S netto. Sie stecken kleine Bauteile zusammen - immer derselbe Handgriff, tausende Male am Tag.

Der Akkord ist hart, viele schaffen ihn erst nach einem Jahr. Viele sind Pendlerinnen aus dem Burgenland oder Niederösterreich. Sie stehen um 4 Uhr auf und kommen um 18.3o Uhr heim.

Und zu alledem mußten sie bei Kirschlägers Wahlzirkus mitspielen. Mit strahlendem Lächeln marschierte der Kandidat durch die Halle, hier ein Händeschütteln, dort ein paar Worte - und die Fotografen hinterdrein. UND DAS BAND LÄUFT WEITER! Ein Händeschütteln Kirchschlägers heißt: Noch schneller arbeiten, um die Zeit aufzuholen.

Aber der Herr Kandidat hat einen tröstenden Scherz auf Lager: "Sie arbeiten hier im Akkord, was ich derzeit mache, ist Stachanowismus."("Arbeiter-zeitung", 2o.6.74)

(Mit Stachanowismus meint Kirchschläger besonders harten Arbeitseinsatz.)
Also macht euch nichts draus, liebe Arbeiterinnen, wenn ihr euch für läppische drei Blaue im Monat die Gesundheit ruiniert. So ein Präsidentschaftskandidat hat's auch nicht leicht, der muß auch schwitzen. Allein das viele Händeschütteln...

Es ist zum Kotzen: Da kommt so ein Kerl daher, der als Minister im Jahr seine runde Million einschiebt, und macht sich über die Kolleginnen lustig, die im Akkord schuften.

Ein sauberer Präsident: Ein Lächeln für die Fotografen, und für die arbeitenden Menschen nichts als Hohn und Verachtung.

gf

Benja: Derzeit noch keine 4 Wochen Urlaub

Seit Monaten brüstet sich die Gewerkschaftsführung mit ihrem geplanten Urlaubsgesetz, das 4 Wochen Mindesturlaub für alle Arbeiter vorsieht.

Aber auf dem Gewerkschaftstag Druck und Papier beruhigte Benya die wegen dieser Forderung besorgten Unternehmer in gewohnter Weise: Er vertrat die Ansicht, daß die Forderung nach 4 Wochen derzeit "nicht vertretbar" sei, da man "auf die Wirtschaft Rücksicht nehmen" müsse.

Bisher haben die Arbeiter 3 Wochen Mindesturlaub im Jahr, und der steht für immer mehr Arbeiter nur auf dem Papier. Denn wieviele können es sich bei den steigenden Preisen noch leisten, richtig Urlaub zu machen?
Bereits 1973 verzichteten ein Drittel aller Österreicher überhaupt auf den Urlaub, weil das Geld fehlte. Und heuer sind es sicher noch mehr.

Katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit

Die ständig steigende Arbeitshetze, die Ausdehnung der Arbeitszeit durch die Überstunden-

schinderei und die allgemein zunehmende Hetze im Alltag machen einen ausreichenden Urlaub für die Werktätigen notwendiger denn je.

Nicht aus Zufall verschlechtert sich die Gesundheit der werktätigen Bevölkerung von Jahr zu Jahr. So war 1973 jeder zehnte Österreicher teilweise oder ganz arbeitsunfähig und jeder fünfte (!) Arbeitnehmer hätte sich in ärztliche Behandlung begeben müssen.

Den Kampf um ausreichenden Urlaub aufnehmen !

Im Kapitalismus besitzen die Arbeiter und Angestellten nichts anderes als ihre Arbeitskraft, mit der sie ihr ganzes Leben haushalten müssen. Um den ständig ansteigenden Verschleiß der Arbeitskraft wenigstens einigermaßen in Grenzen halten zu können, brauchen die Werktätigen einen ausreichenden Urlaub und Arbeitszeiten, die der steigenden Arbeitshetze angemesssen sind.

Aber die heutigen Gewerkschaftsführer haben alles andere im Kopf als die Interessen der Werktätigen. Sie interessiert vor allem, wie es der kapitalistischen Wirtschaft geht.

So auch bei der Urlaubsfrage.

Die Arbeiter und Angestellten sind bei Strafe der Verschlechterung ihrer Lebens- und Existenzbedingungen gezwungen, den Kampf für einen ausreichenden Mindesturlaub und bessere soziale Bedingungen zu beginnen.

Dieser Kampf muß unter Losungen geführt werden, die einzig und allein von den Interessen der Arbeite ausgehen und nicht von denen der Unternehmer.

Deshalb fordern die Kommunisten:

8 WOCHEN BEZAHLTER URLAUB IM JAHR!

VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT AUF 7 STUNDEN AN 5 WOCHENTAGEN!

ZUSÄTZLICHER BEZAHLTER URLAUB FÜR EINEN ELTERNTEIL IM FALLE DER ERKRANKUNG EINES KINDES

-g.sch.-

Gewerkschaftliche Betätigung unerwünscht

Noch immer gibt es eine ganze Menge von Betrieben in Tirol, in denen es die Unternehmer bisher erfolgreich verhindern konnten, daß sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisieren.

So in der Schifabrik Kneissl, wo es bis heute keinen Betriebsrat gibt.

So bei Schwarzkopf in Innsbruck. Der Betrieb beschäftigt fast nur Frauen, und bei denen glauben sich die Kapitalisten überhaupt alles leisten zu können.

Die Arbeiter dürfen sich nicht das Recht auf Organisierung nehmen lassen, denn die einzige Macht, die die Arbeiterklasse den Kapitalisten entgegenstellen kann ist ihre zahlenmäßige Stärke und ihre Einheit.

Deshalb ist es äußerst wichtig, daß sich alle Arbeiter und Angestellten in der Gewerkschaft organisieren, auch wenn die Gewerkschaftsführer derzeit alles versuchen, das Schicksal der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen an die Profite der Kapitalisten zu fesseln.

Das heißt aber nur, daß die Arbeiterklasse die Gewerkschaft vom Einfluß der Klassenversöhnler säubern muß, und das kann sie am besten, wenn sich alle aktiv an allen gewerkschaftlichen Fragen beteiligen und so die Gewerkschaft zu dem machen, was sie einmal war: Eine Waffe der Arbeiter im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten.

-g.sch.-

Wien: Streik bei Hukla

Zwei Wochen lang streikten die Kollegen und Kolleginnen in der Wiener Möbelfabrik Hukla für mehr Lohn. Dieses Ziel wurde erreicht, aber die Gewerkschaftsspitze zwang die Betriebsräte zur "freiwilligen Kündigung".

In der Polstermöbelfabrik Hukla in Wien im 1o. Bezirk waren die Kollegen schon lange über die Akkordhetze empört. Die Zeitvorgaben waren so knapp berechnet, daß kaum jemand auf 30.- die Stunde kam.

Im Mai ist dann den Kollegen die Geduld gerissen: die Direktion weigerte sich wieder einmal, einen neuen Akkordvertrag abzuschließen. Zugleich

wollte sie die 14,62%ige KV-Lohnerhöhung nicht auf den Grundlohn aufschlagen und nur 11,2% zahlen. Eine Betriebsversammlung beschloss passive Resistenz, es wurde nur im unbedingt notwendigen Tempo gearbeitet.

Spaltungsmanöver der Direktion

Die Direktion versuchte zuerst mit allen Mitteln die Einheit der Kollegen zu spalten. Einzeln wurden sie in die Direktion gerufen, und mit freundlichen Worten oder Drohungen wollte man die Kollegen dazu bringen, wieder mit vollem Tempo zu arbeiten.

Dann schaltete die Direktion auf hart: sie sperrte die 30 österreichischen Kollegen aus, indem sie die "fristlose Entlassung" aussprach.

Die ausländischen Kollegen (über 100 Jugoslawen) sollten den Kapitalisten als Streikbrecher dienen. Dazu war den Unternehmern jede Lüge recht: sie sagten den ausländischen Kollegen, sie seien verpflichtet zu arbeiten und dürften gar nicht streiken ! Dann sollten die Jugoslawen mit LKWs (!) in die Fabrik gebracht werden. Das konnten aber die Streikposten vor dem Tor verhindern. Nach langen Diskussionen wurden die ausländischen Kollegen überzeugt, daß sie sich gemeinsam mit den Österreichern für ihre Interessen einsetzen müssen.

Und so war auch dieses Manöver der Kapitalisten ein Schlag ins Wasser. Im Gegenteil, die Einheit der Kollegen war völlig erreicht, alle standen hinter ihren Betriebsräten. 10 Tage lang blockierten die Streikposten die Fabrikstore, und verhinderten so, daß die fertigen Möbel ausgeliefert werden konnten.

Die Gewerkschaftsspitze schaltet sich ein

Die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter unterstützte alle Aktionen der Streikenden. Die Betriebsräte hatten sich immer an ihre Gewerkschaft gewandt und sie um Rat gefragt. Als aber die Kollegen unter der Führung der Betriebsräte streikten, um ihre Forderungen durchzusetzen, da wurde das den "Arbeitervertretern" im ÖGB unheimlich: denn für diese Herren ist es gefährlich, wenn sich die Arbeiter was denken und selbständig handeln.

...und läßt die Betriebsräte fallen !

Über die Köpfe der Betriebsräte hinweg verhandelten die SP-Gewerkschaftsbonzen mit der Direktion (die verstehen sich sicher gut, denn ein Direktor ist SP-Funktionär !) und stellten die Kollegen vor vollendete Tatsachen:

Die Kollegen erhielten die geforderte Lohnerhöhung. Aber die Betriebsräte und 4 weitere fortschrittliche Kollegen wurden zur Kündigung gezwungen. Die Gewerkschaftsführer sagten ihnen, sie hätten "kriminelle" Handlungen begangen (Hausfriedensbruch, Nötigung und Einschränkung der persönlichen Freiheit) und sie müßten"mit 5 Jahren Kerker (!) rechnen". Aber wenn sie das Arbeitsverhältnis "freiwillig" lösen, würde die Direktion auf eine Anzeige verzichten...

Kein Wort, daß sie selbst den Streik unterstützt haben. Und was sind das schon für "kriminelle" Handlungen ? Die Kollegen haben sich für ihre Interessen eingesetzt, für mehr Lohn, für bessere Arbeitsbedingungen. Kriminell ist das nur für die Kapitalisten, weil das ihre Profite gefährdet, und daher ist das auch für die Gewerkschaftsbonzen kriminell, weil die sich nicht für die Arbeiterinteressen einsetzen sondern für die Profite der Kapitalisten.

-hf-

Warnstreik bei SGP

Am Donnerstag den 27.Juni traten die 4.5oo Beschäftigten der Betriebe des Simmering-Graz-Pauker Konzerns (Wien-Graz) in einen zweistündigen Warnstreik.

Bereits seit einigen Wochen gibt es eine steigende Empörung unter der Belegschaft über die ständig wachsenden Lebenshaltungskosten. Die Kollegen beschlossen, den Zentralbetriebsrat aufzufordern, sofort eine 8%ige Lohn-u. Gehaltserhöhung bei der Direktion durchzusetzen.

Nachdem sich die Direktion des Konzerns weigerte, überhaupt mit den Vertretern der Belegschaft zu verhandeln, beschlossen die Kollegen einstimmig, einen zweistündigen Warnstreik zur Durchsetzung ihrer Forderungen durchzuführen.
Daraufhin begann eine hektische Tätigkeit im Direktionsgebäude.

Zusammen mit dem Zentral betriebsrat,der sich schon längere Zeit mehr dem Unternehmen als den Kollegen verpflichtet fühlt,wurde beschlossen,4,5% Brutto mehr zu zahlen,das macht netto ungefähr 3,5 bis 3,8% aus.
Obwohl eine große Empörung innerhalb der ganzen Belegschaft über dieses Vorgehen des Zentralbetriebsrates und das freche Angebot der Direktion herrschte ,gelang es nicht,die 8% -Forderung durchzusetzen.

Fortsetzung von S. 3

Holzhammerbrücke
›Sie sind nicht von der Presse!‹

Bereits vor einer Woche haben sich die höchsten

"Volksvertreter" Tirols, Wallnöfer, Lugger und Obenfellner, klar für den Bau der Holzhammerbrücke im Westen Innsbrucks ausgesprochen. Die Brücke soll in Höhe des ersten Stockes durch dichtbesiedeltes Wohngebiet gehen und die lauteste Verkehrszone Innsbrucks werden. Gewarnt durch die Vorfälle mit dem Rennweg, bei dem die Innsbrucker Bevölkerung klar zum Ausdruck gebracht hat,daß sie solche Schweinereien nicht mehr duldet, wurde am Dienstag, den 8. Juli, eine Pressekonferenz einberufen. NATÜRLICH UNTER AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT ! Eine junge Frau aus Wilten, bei der die geplante Brücke direkt an der Nase vorbeigehen soll, wurde von BM Lugger mit den Worten "Sie sind ja nicht von der Presse !" unsanft hinauskomplimentiert. Auch zwei Vertreter der VORWÄRTS-Redaktion wurden hinausgeschmissen, obwohl sie eine Presseeinladung hatten.

Den Herren von der Stadt geht es offensichtlich wieder einmal nicht darum, die Bevölkerung so gut wie möglich zu informieren.

Wir brauchen keine geschlossenen Pressekonferenzen. DIE POLITIKER SIND NÄMLICH NICHT DER PRESSE RECHENSCHAFT SCHULDIG, SONDERN DEM VOLK.

-g.sch./hf-



Zuviele ?

Viele Kundgebungsteilnehmer empörten sich lautstark über die Herren Volksvertreter, die es anscheinend nicht für nötig hielten, vor das Volk zu treten. "Vor der Bundespräsidentenwahl hat der Lugger große Sprüche geklopft. Er werde für jedes Problem ein offenes Ohr haben, jeder, der Sorgen hat, werde bei ihm eine offene Tür finden. Jetzt sind wir mit unserem Problem da - wo ist der Lugger?", so schimpften zwei Frauen miteinander.

Ein älterer Mann, der dabeistand, meinte dazu: "Es werden ihm halt z'viel kemmen sein!"

Bäume bleiben...

und Höttingergasse wurde in Bauerwartungsland umgewidmet - gebaut werden sollen sündteure Luxuseigentumswohnungen.

- mitten im dichten Siedlungsgebiet zwischen Mentlberg und Sieglanger wurde ein Autobahnvollknoten geplant - er mußte auf Druck der Öffentlichkeit schließlich fallengelassen werden. Die Autobahn führt aber immer noch in nächster Nähe an den Häusern vorbei.
- die Holzhammerbrücke: in Höhe des ersten Stockes sollen künftig Autos und Lastwagen an Dutzenden Wohnblocks vorbeibrausen - nur wenige Meter vor den Fenstern.
- und jetzt auch noch die Rennweg-Garage.

Deshalb wollten die Demonstranten den Häuptling der Innsbrucker "Volksvertreter", Bürgermeister Lugger, sehen, der erst vor kurzem als Bundespräsidentschaftskandidat so schöne Versprechungen gemacht hat. Alle wollten hören, ob er zu seinen Worten steht.

Hatte er doch auf seinen Wahlreisen allen erzählt, "als Bundespräsident werde ich wie jetzt schon als Innsbrucker Bürgermeister für alle Probleme ein offenes Ohr haben, jeder, der Sorgen hat, wird immer meine Tür offen finden."

Jetzt waren über 1.000 Innsbrucker mit ihrem Problem zu ihrem Bürgermeister gekommen - und fanden weder offene Ohren noch offen Türen.

Ganz im Gegenteil, sie wurden auch noch gepflanzt. Denn nach zweistündiger Belagerung erschien der Herr Bürgermeister endlich, drängte sich fett in die Menge - wütend beschimpft, ausgepfiffen und ausge-

buht, denn alle empfanden es als ausgesprochene Frechheit, zwei Stunden im Regen auf den Herrn Lugger warten zu müssen - und was sagte er?

"Ich wollte eigentlich nicht kommen, verhandelt wird nur oben, aber daß ihr mich einen Feigling schimpft (zuvor hatte es wiederholt Sprechchöre "Lugger-Feigling!" gegeben; W.S.), das kränkt mich - und deshalb bin ich gekommen, ich bin nämlich nicht feig!"

Sprach's und verzog sich wieder. Kein Wort über das Garagenprojekt. Deswegen waren aber alle gekommen, und nicht, um zu hören, daß der Innsbrucker Bürgermeister soviel Mut hat, daß er sich sogar mitten unter die Bevölkerung traut!

Die Empörung über diese Frechheit war gewaltig. Die Demonstranten verabschiedeten den Lugger gehörig: "loo.ooo Schprugger woll'n die Bam und nit den Lugger!"

Wenn das Volk sich in die Politik einmischt, kann es seine Interessen durchsetzen !

Nach zweistündiger Rathausbelagerung hatten die Demonstranten ihr Ziel erreicht - DAS PROJEKT WAR GEFALLEN! Die Innsbrucker haben in diesem Fall ihr Recht auf Erholung gegen Geschäftemacherei und Profitgier durchgesetzt.

Das gelang, weil soviele Menschen einmütig hinter der Forderung "Das Projekt muß fallen!" standen: Es waren nicht nur über 1.ooo Innsbrucker bei der Kundgebung, sondern es wurden auch noch in kürzester Zeit etliche tausend Unterschriften gesammelt.

Dieser Erfolg ist ein Erfolg für alle, die sich gegen die ständigen Angriffe einiger weniger auf die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zur Wehr setzen. Der Mittwochnachmittag in Innsbruck hat gezeigt: "Einigkeit macht stark!". Viele Leute sagten nach der Kundgebung: "So muß man's machen, bei jeder Sauerei, die die treiben." Sehr oft war dabei auch die Holzhammerbrücke im Gespräch.

Nur so, indem die arbeitenden Menschen die Vertretung ihrer Interessen in die Hand nehmen, wenn die gewählten Volksvertreter nicht spuren, wenn diese Volksvertreter nicht die Interessen des Volkes vertreten, sondern die von einer Minderheit von Geschäftemachern, nur so können die arbeitenden Menschen ihre Interessen durchsetzen.
Volksvertreter, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mit Füßen treten und sich für ihre Sauereien nicht einmal zur Rechenschaft ziehen lassen, gehören weg - es gab am Mittwoch kaum jemand unter den Demonstranten, der nicht dieser Meinung gewesen wäre.
Wenn wir Volksvertreter brauchen, dann solche, die in jeder Frage denen, die sie vertreten, Rechenschaft ablegen und die jederzeit abwählbar sind, wenn die Mehrheit derer, die sie vertreten, der Meinung ist, daß sie schlecht arbeiten.

Deshalb fordern wir Kommunisten:

RECHENSCHAFTSPFLICHT UND JEDERZEITIGE ABWÄHLBARKEIT FÜR ALLE VOLKSVERTRETER!

W.S.

Lugger - gegen Demonstranten zeigt er ganz besonderen Mut

Ich stand in der ersten Reihe, als der Bürgermeister aus dem Rathaus kam.
Zornbebend, mit hochrotem Kopf, versuchte er mit aller Gewalt bei mir vorbeizukommen, obwohl ein paar Meter neben mir genug Platz war. Einige Demonstranten, die dies sahen, forderten den Bürgermeister auf, dort vorbeizugehen, wo keine Demonstranten stehen. Daß keiner der Umstehenden für ihn eintrat, und ihm freien Weg verschaffte, war für Lugger unverständlich und eine unbekannte Situation. Das steigerte natürlich seinen Zorn ins Unermeßliche. Eine Frau meinte sogar,"jetzt bekommt er noch einen Herzanfall, und da geschieht ihm nur recht". Er versuchte nun, mich mit aller Gewalt, mit Händen und vollgefressenem Bauch, beiseitezustoßen! Ein ca. 50-jähriger Demonstrant stellte sich vor mich und schrie den Bürgermeister an, er solle doch verschwinden, hier habe er nichts mehr verloren! Auch die herbeieilende Polizei, die versucht hat, mich beiseite zu reißen und für den Bürgermeister einen freien Weg zu schaffen, war machtlos. Sie wurde von einigen Demonstranten einfach abgedrängt.
Alle, die diesen Zwischenfall gesehen hatten, waren sich einig, daß ein Bürgermeister, der mit Gewalt versucht, die Forderungen der Bevölkerung zu übergehen, kein Recht mehr hat, Bürgermeister zu sein. Einer sagte sogar:" Ein solches brutales ......, vor den Wahlen war er lieb und nett, gab jedem die Hand und verschenkte Rosen, nach der Wahl glaubt er, er kann alle rumstoßen, wie es ihm passt, den .... wähle ich nicht mehr!"
Alle stimmten diesem Mann zu und waren sich einig, daß sie Lugger nicht mehr wählen!

»Universitätswoche«: Teure Selbstbeweihräucherung

Vom 16. bis 22. Juni veranstaltete die Universität Innsbruck eine "Universitätswoche" mit Gastvorträgen, zu denen die Bevölkerung eingeladen war.

Auch Bundesheer, Polizeikasernen und Rathäuser veranstalten ihre "Tage der offenen Tür", damit das Volk was zum Schauen hat. Das nützt aber nicht viel, weil das Volk sich tagtäglich davon überzeugen kann, was es von diesen Institutionen zu halten hat.

Die bisherige "Öffentlichkeitsarbeit" der Universität hatte sich auf Feiern im trauten Kreis der Unternehmer und ihrer Politiker beschränkt: "Tag der Universität" im Kongreßhaus und ein "Universitätsball". Da treffen sich halt die Ehrensenatoren der Universität, wie die Chefs Daniel und Manfred Swarovski mit den akademischen Würdenträgern und lassen es sich gut gehen.

Jetzt drückt die Herren Professoren wieder einmal das Gewissen - mit gutem Grund. Was die Arbeiter und Angestellten von den Universitäten sehen, das sind die dort ausgebildeten Techniker, die sie antreiben und herumkommandieren, die hohen Beamten, die sie schikanieren, die Ärzte mit ihrer Fünf-Minuten-Medizin für Kassenpatienten.

Von den Steuergeldern wird da eine Wissenschaft betrieben, von der das Volk nichts hat, und werden Studenten für Posten ausgebildet, wo sie dem Volk nur schaden und auf das Volk herabschauen sollen.

Dagegen hilft kein noch so großes Werbeunternehmen. Eine Ware, die schon vor Fäulnis stinkt, kann man niemandem mehr andrehen. Und durch läppische "Universitätswochen" wird man auch niemandem einreden können, daß das Geld der Werktätigen für diese Universitäten nicht hinausgeschmissen ist.

Aber wie sie ihre Werbewoche abziehen, das zeigt die ganze Verkommenheit dieser Wissenschaftler.

Angesichts unserer vom Dreck der Kapitalisten total versauten Umwelt, angesichts der Tatsache, daß sich durch Arbeitshetze und unzureichende Gesundheitsversorgung der Gesundheitszustand der Werktätigen verschlechtert und die Lebenserwartung der Arbeiter sinkt, hält so ein akademisch gebildeter Tatsachenverdreher einen Vortrag über das Thema "Ist der Mensch eine Fehlevolution?" (Fehlentwicklung).

Andere Herrschaften palavern über "Probleme und Prinzipien der Kosmologie" (Lehre vom Weltzusammenhang) oder"Die Gegenwartsnähe der griechischen Tragödie".

Wenn's aber etwa darum ginge, zu untersuchen, wi man unterbinden könnte, daß die Papierfabrik mit ihrem Gestank ganz Wattens verpestet, dann ist von den Herren Wissen schaftlern keine Spur. Da beschäftigen sie sich vielmehr fleißig mit dem Vertuschen.

Auf das Volk pfeifen sie, aber auf Spesen kommen si gern zusammen, die Akademiker aus München, Mainz, Würzburg, Tübingen, Bern, und Zürich.
Allein die zu verpflegen und ihre Gage zu bezahlen, kostet ein Heiden geld.

Aber dafür ist das Geld ja da. Die Selbstbeweihräucherung der wissenschaftlichen Diener der Kapitalisten darf ruhig was kosten.

gf

Wissenschaftliche Karriere auf Kosten der Patienten

Prozeß gegen 3 Wiener Ärzte

Drei Prominentenärzte der II. Universitätsfrauenklinik in Wien stehen unter der Anklage, sie hätten ahnungslosen Frauen bei Eingriffen völlig gesunde Organe entfernt.

Für "Forschungszwecke" hätten sie bei Kaiserschnittoperationen Eierstöcke entfernt. Eine der betroffenen Frauen ist eine Bäuerin, die bereits viermal eine Fehlgeburt hatte und sich nichts sehnlicher wünscht, als Kinder zu haben.

Bei der Gerichtsverhandlung winden sich die Ärzte herum und liefern die unglaubwürdigsten Argumente. Schließlich tauchen sie mitten im Prozeß mit Gefrierschnitten auf, die beweisen sollen, daß die Organe krank

waren und daher zu Recht entfernt wurden.

Der Verdacht liegt nahe, daß die Beweisstücke gefälscht sind. Gleichzeitig versuchen sie, die Schöffen, die ja Laien sind und mitzuurteilen haben. durch komplizierte medizinische Fachausdrücke zu verwirren und einzuschüchtern.

Jeder Medizinstudent, der einmal an dieser Klinik praktiziert hat, kennt die angeklagten Herren genau. Dozent Golub etwa, der die Organe herausgeschnitten haben soll, ist gleichzeitig Leiter der Abteilung für Familienplanung. Er läßt sich keine Gelegenheit entgehen, um offen rassistische Bemerkungen über Gastarbeiter zu machen. Mit Vorliebe tritt er dafür ein, daß schwangere Frauen, die ihr Kind nicht austragen wollen, es dennoch austragen müssen. Hier hat er offenbar durch die Entfernung von Eierstöcken den Frauen, die Kinder haben wollen, erschwert, welche zu bekommen.

Was ist das anderes als eine Verhöhnung der ärztlichen Aufgabe? Was ist das Geschwätz dieser Ärzte, daß sie im Interesse der Patienten handeln, anderes als Heuchelei? In Wirklichkeit haben sie nur ihr soziales Ansehen und ihren Geldbeutel im Auge. Dafür ist ihnen jedes Mittel recht.

Für diese Ärzte ist eine Schwangere nihts als ein Sachproblem. Die Gefühle der Mutter zu ihrem Kind sind ihnen nicht wichtig. Das persönliche Wohlergehen, die Gesundheit, die Würde des einzelnen treten sie mit Füßen.

In derselben Klinik ist es bereits vorgekommen, daß sie ein Neugeborenes in ein Zimmer legten, in dem eine Frau gerade eine Fehlgeburt hatte. Die Frau sah das gesunde Kind und bekam Weinkrämpfe. Als die Ärzte das sahen, machten sie die Studenten auf das Phänomen der "psychologischen Wehen" aufmerksam und kümmerten sich einen Dreck um die Patientin.

Und Herr Friedrich, der ebenfalls in diesem Prozeß seine Unschuld beteuert, überredete eine Frau, die wegen Zyklusschwierigkeiten in die Klinik kam, dazu, sich einen Monat ins Krankenhaus zu legen, damit man täglich Hormonanalysen machen kann.

Der Patientin verheimlichte der Herr Doktor, daß diese Unternehmungen nichts gegen die Krankheit nützten. Aber er benötigte eine Analyse eines "interessanten" Zyklus, um seine wissenschaftliche Karriere fortsetzen und Dozent werden zu können.

Die Zustände an der II. Wiener Universitäts-Frauenklinik zeigen besonders deutlich, was der Kassen-Patient im kapitalistischen Gesundheitswesen wert ist: Er ist eine Nummer, ein Behandlungsobjekt, vielleicht ein interessanter wissenschaftlicher "Fall". Mehr nicht.

Den arbeitenden Menschen aber geht es um die Wiederherstellung der Gesundheit und Lebenskraft, die wir tagtäglich im kapitalistischen Produktionsprozeß verbrauchen.

Die Arbeiterklasse hat ein Recht auf die Gestaltung und Kontrolle des Gesundheitswesens!

(Aus "Klassenkampf", Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB) Wien.)

Kambodscha: Der Kampf der Schüler und Lehrer in Pnom Penh

Tod des Erziehungsministers

Die Kämpfe der Volksmassen in Pnom Penh entwickeln sich weiter in die Breite. Eine besondere Rolle spielen dabei die Lehrer, Schüler und Studenten. Sie verliehen ihrer Forderung nach Freilassung von inhaftierten Lehrern und Studenten mit einer Reihe von Aktionen Nachdruck.

Ihren vorläufigen Höhepunkt hatten die Aktionen erreicht, als die Lehrer, Schüler und Studenten den Erziehungsminister und seinen Stellvertreter zur Rechenschaft zogen. Beide erhielten die Strafe, die sie verdienten: Sie wurden exekutiert.

Katastrophale Lage der Herrschenden

Die hohen Verluste der Söldnerarmee der US-Marionetten bringen die Imperialisten in eine immer katastrophalere

Lage. Auf die hohen Verluste im Kampf gegen die Volksbefreiungsarmee, Tausende von Überläufern in die befreiten Gebiete mit Waffen und Munition jeden Monat und ständige Befehlsverweigerung reagierte das US-Kommando in der US-Botschaft in Pnom Penh mit der Anweisung an Lon Nol, die Schulen zu schließen und Kinder, Jugendliche ab 12 bis 13 Jahren und Lehrer in die Armee zwangsrekrutieren zu lassen.

Wachsende Stärke der Volksmassen

Gegen diese verbrecherischen Maßnahmen, die sie zu Kanonenfutter für die US-Imperialisten machen sollen, entfachten diese einen brodelnden und unaufhörlichen Kampf. Anfang Mai schlossen sich die



Schüler, Studenten und Lehrer zu koordinierten Aktionen zusammen. In einer großen Kundgebung am 6. Mai verurteilten sie die Politik des herrschenden Regimes und drückten ihre Solidarität mit dem kambodschanischen Volk in den befreiten Gebieten und der Volksbefreiungsarmee aus.

Auf die verschärften Zwangsmaßnahmen der US-Imperialisten und ihrer Agenten, wie Verhaftungen und Schließung der Schulen, reagierten sie mit der Besetzung der Schulen. Die Arbeiter und andere Bevölkerungsteile Pnom Penhs unterstützen sie dabei in immer stärkerem Maße durch Streiks, Überfälle auf die in den Straßen patrouillierende Militärpolizei und Angriffe der Bevölkerung auf die Reisspeicher der Marionettenregierung, um sich die ihnen vorenthaltenen Lebensmittel zu verschaffen.

Überall in Pnom Penh sind Parolen zu lesen, die zum Kampf gegen das verhaßte Verräterregime aufrufen.

Die gerechte Strafe für einen verbrecherischen Minister

Am 4. Juni setzten Schüler des Gymnasiums "18. März" den Erziehungsminister und seinen Stellvertreter, einen ehemaligen Minister im Blutsaugerkabinett, als Geiseln in der Schule gefangen. Für ihre Auslieferung verlangten sie die Freilassung von über 60 eingekerkerten Schülern und Lehrern, Einstellung der Zwangsrekrutierungen und Sofortmaßnahmen gegen die Korruption und die katastrophale Ernährungssituation in der Stadt.

Die US-Drahtzieher ließen darauf das Militär das Feuer auf die Schule eröffnen. Wie angedroht, wurden daraufhin der Erziehungsminister und sein Stellvertreter für ihre Verbrechen gegen das Kambodschanische Volk bestraft und von den Schülern erschossen.

Ironischerweise fand die Exekution des verhaßten Ministers gerade in dem Gymnasium statt, das als Namen das Datum des Putsches der Junta trägt und eine "Brutstätte" junger Marionetten und Imperialistenknechte sein sollte.

Dieses Ereignis zeigt eine entscheidende Entwicklung der Studenten.

Kissinger weinte

Die versammelte bürgerliche Journalistenmeute bekam vor Rührung rote Wangen. Der Supermann der westlichen Welt, der "Friedensengel", wie er von diesen Herren gern bezeichnet wird, weinte.

Ort des Geschehens: Salzburg.

Grund: Es hatte sich herausgestellt, daß Kissinger ein ebensolcher Gauner ist wie sein Chef Nixon, daß Kissinger ebenso wie Nixon bis zur Halskrause im Watergate-Dreck steckt.

Schlechte Zeiten für bürgerliche Politiker: Angewiesen auf Geheimniskrämerei, um ihre Schweinereien vor dem Volk verbergen zu können, werden sie von den Kapitalisten wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen, wenn ihre Betrügereien offensichtlich werden.

-g.sch.-

Kambodscha...

Schüler und vieler Intellektueller seit dem 18. März 197o. Zunächst hatten sie sich von der Junta täuschen lassen und die Ausrufung der "Republik" als fortschrittliche Maßnahme gegenüber der alten Monarchie unter Sihanouk aufgefaßt.

Vorwärts bis zum endgültigen Sieg

Inzwischen haben sie jedoch erfahren, daß diese "Republik" nicht Fortschritt, sondern Reaktion auf der ganzen Linie bedeutet. Daß sie bedeutet, die alte feudale Unterdrückung mit der noch mehr blutsaugerischen des Imperialismus zu vertauschen.

Daher haben sie sich eingereiht in den Kampf des kambodschanischen Volkes für die Errichtung der revolutionären Volksmacht im ganzen Land unter Führung der Befreiungsfront FUNK und der revolutionären Regierung GRUNK.

Trotz des blutigen Terrors der Marionetten geht ihr Kampf weiter. Täglich finden neue Massendemonstrationen und Kundgebungen statt.

Das Volk von Oman muss unterstützt werden !

Seit 9 Jahren führt das Volk von Oman einen heldenhaften Befreiungskampf gegen die politische Herrschaft der Sultane und ihrer Hintermänner, die britischen und amerikanischen Imperialisten. Der im Volk zutiefst verhaßte und isolierte Sultan QUABUS wäre schon längst von den Volksmassen zum Teufel gejagt worden, wenn er nicht die massive militärische Unterstützung einer Reihe von imperialistischen und lokalen Reaktionären erhalten würde: Amerikanische Stützpunkte in Saudi-Arabien und auf den Inseln im Golf vor Oman bedeuten eine ständige Bedrohung für die Revolution. Britische Kampfflugzeuge fliegen täglich Bombeneinsätze gegen die zu 90% befreite Provinz Dhofar. Die Söldnerarmee des Sultans wird von britischen und jordanischen Offizieren und Beratern kommandiert. Seit Jahren stehen 3o.ooo saudiarabische Söldner im Land. Seit Ende vergangenen Jahres schließlich verstärkte auch das Schah-Regime im Iran die konterrevolutionären Attacken gegen das Volk von Oman und schickte 3ooo Soldaten.

Alle diese wütenden Angriffe konnten trotz vielfacher militärischer und finanzieller Überlegenheit des Feindes von der "VOLKSFRONT FÜR DIE BEFREIUNG OMANS UND DES ARABISCHEN GOLFES" (PFLOAG) zurückgeschlagen werden. Ein letztes Mittel, den Widerstand des Volkes zu brechen, ist die Verhängung einer Wirtschaftsblockade über die befreiten Gebiete in Dhofar. Um ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen, scheuen die Imperialisten und ihre Verbündeten nicht davor zurück, durch systematische Aushungerungspolitik 2oo.ooo Menschen in den befreiten Gebieten dem Hungertod auszuliefern.

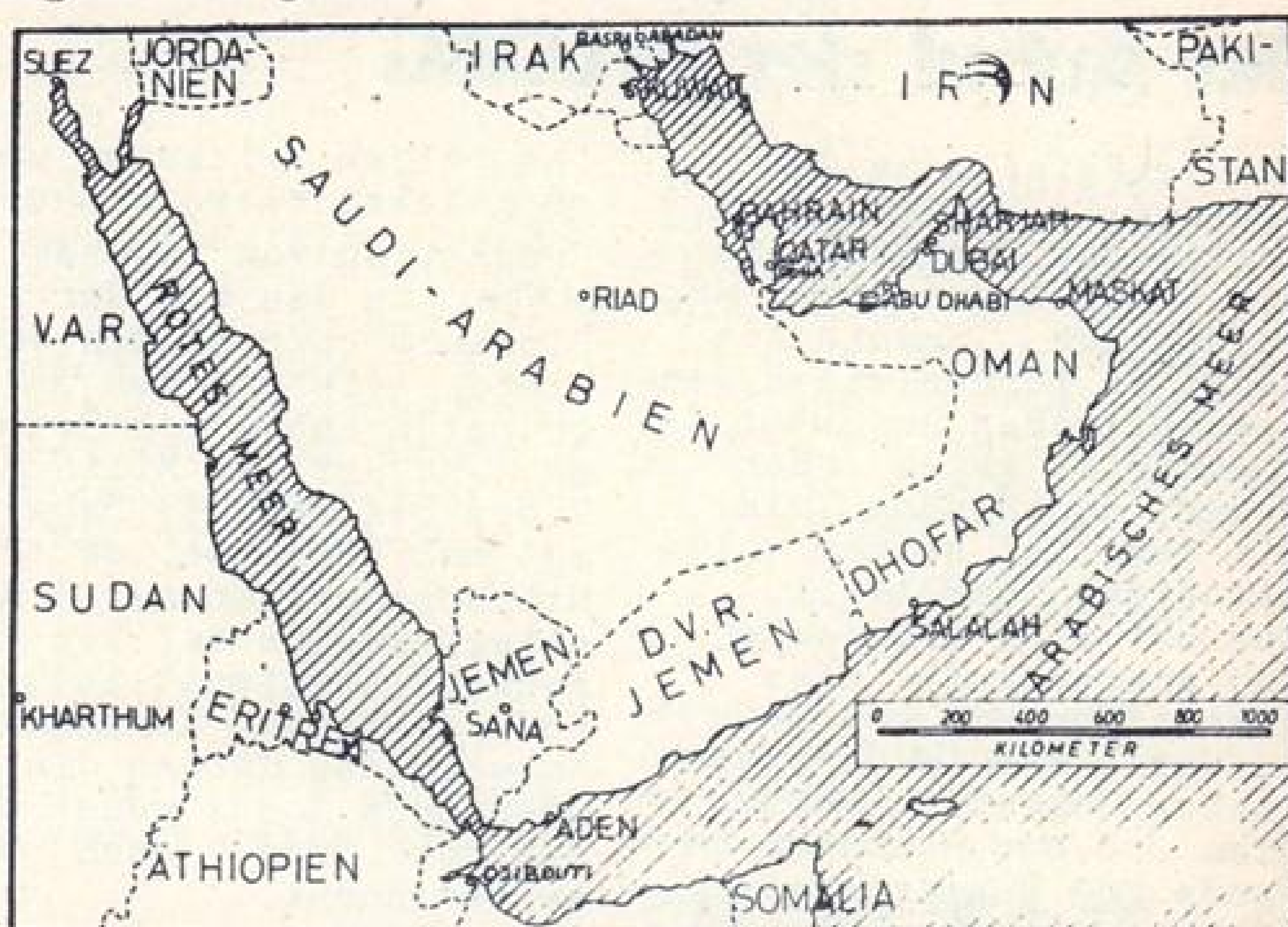
Die Imperialisten plündern die Golfländer aus

Um ihre Handelswege nach Indien abzusichern, errichteten schon im 18.Jh. die britischen Kolonialisten Stützpunkte im Golf-Gebiet. Dabei handelten sie sich durch Bestechung die Unterstützung der reaktionären Machthaber, der Sultane und Scheichs ein. Als zu Beginn des 20. Jh. die riesigen Erdölvorräte in dieser Region bekannt wurden, begannen die Imperialisten sich die natürlichen Reichtümer der Völker am Golf

anzueignen. Die US-Ölkonzerne konnten z.B.allein im Zeitraum 1968-1972 ca. 7.5oo Millionen Dollar an Profiten scheffeln, während ihre gesamten Investitionen bis 1972 die 2.5oo Millionen Dollar-Grenze nicht überschritten.
Die Volksmassen hatten keinerlei Anteil an den Erträgen aus den Reichtümern ihres Landes. Im Gegenteil: Im Osten Omans preßt eine schmale Schicht von feudalen Großgrundbesitzern die übergroße Mehrheit der Bauern bis aufs letzte aus. Sogar Sklavenhandel ist heute noch üblich. Im Westen lebt der größte Teil der Bevölkerung als Nomaden und Viehzüchter. Die Produktivität ist mangels Bewässerungsanlagen und moderner landwirtschaftlicher Maschinen auf einem äußerst niedrigen Niveau. Erdrückende Steuern und Abgaben sowie Handelsbeschränkungen haben jede Weiterentwicklung verhindert.

Das Volk hat den Kampf aufgenommen

Gegen die imperialistische Aggression hat das Volk schon frühzeitig den Kampf aufgenommen. Nachdem mehrere Aufstände fehlgeschlagen waren, weil sie unter der Führung reaktionärer Würdenträger standen, hat das Volk 1965 den bewaffneten Kampf selbst in die Hand genommen. Seither wurden große Erfolge im Kampf gegen dem Imperialismus errungen: Der größte Teil Dhofars konnte bereits befreit werden, die DHOFAR CITIES PETROLEUM COMPANY (eine Shell-Tochtergesellschaft) wurde in den befreiten Gebieten davongejagt und mußte die Ölsuche einstellen.
Diese Erfolge waren nur möglich, weil es der PFLOAG gelungen ist, das ganze Volk in den Volkskrieg gegen den Imperialismus zu führen, und weil das demokratische Programm zur Überwindung der feudalen und rückständigen Verhältnisse auf dem Lande eine wirkliche Perspektive für die jahrhundertelang ausgebeuteten und unterdrückten Massen bedeutet. In den befreiten Gebieten wurde mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft begonnen: Die Sklaverei wurde abgeschafft, die alten Stammesstrukturen zerschlagen. Der gesamte Boden wurde in das Eigentum des Volkes überführt. Demokratisch gewählte Volksräte haben in den Dörfern die Verwaltung übernommen. Die Revolution führte den Kampf gegen das unter der Landbevölkerung weitverbreitete Analphabetentum. Sie errichtete für die Befreiungsarmee und die Bevölkerung Schul- und Bildungseinrichtungen(u. a. die Lenin-Schule mit etwa 1.000 Schülern), und eröffnete sowohl Schulen für die Kinder als auch Ausbildungslager für die Revolutionskader. Ebenso baute sie die erste Straße im befreiten Gebiet und gründete Krankenhäuser und Apotheken. Die besondere Unterdrückung der Frau wurde abgeschafft, ihre Einbeziehung in den Kampf ermöglicht.
Unter der Sultansherrschaft kannte das Volk nichts von diesen Dingen. Deshalb ist auch die Entschlossenheit des Volkes groß, die Errungenschaften der Revolution gegen die übermächtigen Feinde zu verteidigen. Diese Entschlossenheit meint der Sultan QUABUS, wenn er gezwungen ist, folgendes zuzugeben: "Wenn die Liquidierung der Revolution nur in der Liquidierung der einzelnen Kämpfer bestünde, wäre das eine leichte Sache. Wir haben unsere Luftwaffe und unsere Soldaten geschickt - wir haben alles bombardiert und zerstört."
Ebenso wie die 1967 befreite Demokratische Volksrepublik JEMEN, die das feste Hinterland der Revolution in Oman darstellt, ist dieses ein leuchtendes Beispiel für die anderen arabischen Völker, sich von der Herrschaft des Imperialismus und seiner Handlanger zu befreien. Weil die Reaktionäre dieses Beispiel fürchten wie die Pest, versuchen sie nun zum entscheidenden Schlag gegen die Revolution auszuholen. Sie schrecken auch vor der physischen Liquidierung eines ganzen Volkes nicht zurück. Wenn die Befreiungskämpfer auch bisher



alle Aggressionen zurückschlagen konnten, so besteht doch kein Zweifel, daß die Revolution vor allem durch die Wirtschaftsblockade heute in ernster Gefahr ist. Die bürgerlichen Massenmedien, die anläßlich der "Energiekrise" mit rassistischen Ausfällen gegen die arabischen Völker nicht sparten, haben über den Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung von Dhofar noch kein Wort verloren. Es ist die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen, diese Informationssperre zu durchbrechen und die gerechten Ziele des kämpfenden Volkes von Oman mit aller Kraft zu unterstützen und zu propagieren.
Die PFLOAG hat einen Aufruf an die Weltöffentlichkeit gerichtet, der die bedrohliche Lage der Revolution mit aller Deutlichkeit zeigt. In dieser Situation ist vor allem auch die materielle Unterstützung für die Einwohner von Dhofar, die Milizangehörigen und die Kämpfer dringend erforderlich. Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen auf, ihren Beitrag zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften des Volkes in Dhofar zu leisten!

(aus Klassenkampf, Wien)

Der Aufruf der PFLOAG

Die verräterische Regierung in Maskat, ihre englischen Gebieter und die üblen Aggressoren der jordanisch - iranischen Reaktion führen einen verbrecherischen und schmutzigen Krieg gegen unser armes, hungerndes Volk mit dem Ziel seiner vollständigen Ausrottung.
Das hat eine tragische und schmerzhafte Lage geschaffen und hat dazu geführt, daß in den ländlichen Gebieten Dhofars etwa 200.000 Menschen am Rande des Hungertods dahinvegetieren. Die Völkermörder nutzen dabei das Schweigen der Weltöffentlichkeit und ihrer humanitären und staatlichen Organisationen über dieses widerwärtige Verbrechen auf gemeinste Weise aus.

Gegenüber unserem armen und hungernden Volk, das in den ländlichen Gebieten Omans dem Tode ausgeliefert ist, verfolgt die verräterische Regierung in Maskat eine barbarische und verbrecheische Politik, die wir wie folgt zusammenfassen:

1. DIE POLITIK DER BLOCKADE UND DER AUSHUNGERUNG BIS ZUM TODE.

Diese Politik besteht darin, die Bevölkerung daran zu hindern, sich Lebensmittel oder Viehfutter aus der Stadt zu beschaffen. Dies ist umso gefährlicher, als die Produktion von Lebensmitteln in den von der Blockade betroffenen Gebieten sich auf den begrenzten Anbau von Getreide und auf die Milch des Viehs beschränkt. Dabei muß man bedenken, daß die Milchproduktion auf 3 Monate, nämlich auf die Regenzeit, begrenzt ist, und daß in den übrigen Monaten des Jahres die brennende Sonne weder Boden noch Gräser noch Bäume verschont.

2. DIE VERBRECHERISCHE MILITÄRPOLITIK, DIE ALLES IN BRAND STECKT, ALLES AUSROTTET.

Täglich fliegen die Kampfflugzeuge Großbritanniens Dutzende von Angriffen in allen Gebieten: man lauert den Tieren auf und tötet sie mit schweren Waffen. Außerdem werden Benzinfässer auf die Weiden und Getreidefelder abgeworfen, um sie in Brand zu stecken und die Menschen ihrer Existenzbedingungen zu berauben, denn nur so kann die Wirtschaftsblockade zu ihrer geplanten unheilbringenden Wirkung kommen.

3. DIE BOMBARDIERUNG UND BESCHIEßUNG VON ORTEN, AN DENEN VIELE MENSCHEN VERSAMMELT SIND (Wasserbrunnen, Hütten, Höhlen) UND ERMORDUNG VON KINDERN, FRAUEN und ÄLTEREN MENSCHEN.

Die Regierung führt all dies durch, um ihren verbrecherischen Plan in der Bekämpfung des Volkes für seine Rechte auf ein menschenwürdiges, freies Leben zu verwirklichen.

Das ist die Wahrheit über das britisch - quabusische Verbrechen gegen unser kämpfendes Volk. Wir wenden uns an alle fortschrittlichen und hilfsbereiten Menschen. Wir fordern Euch auf, die unschuldige Bevölkerung vor den grausamen Verbrechen von Quabus und vor den Offizieren Ihrer Königlichen Hoheit der Königin von England zu retten, die uns ermorden im Namen des Islams und u unter der Beschuldigung, Kommunisten zu sein.

Wir kämpfen für unser Volk, unsere Heimat und für Brot für unsere Kinder.

Wir fordern Euch auf, einzugreifen, um die Regierung unter Druck zu setzen, mit dem Ziel der Aufhebung der Wirtschaftsblockade, die über Dhofar seit mehr als sieben Jahren verhängt wird.

Ihr müßt eingreifen, damit Schluß gemacht wird mit der Bombardierung der Häuser, der Felder und der Tiere, die die einzigen Existenzbedingungen darstellen.

(Veröffentlicht vom Komitee Gesundheitsdienst, Provinz Dhofar, November 1973 - gekürzt).

Fussball-WM:
Viel Geld und wenig Tore

Das große Spektakel ist vorbei, und wenn man es sich richtig überlegt, so ist eigentlich für uns nicht viel dabei herausgekommen. Nach den ersten Vorrundenspielen hätte man eigentlich schon ruhig abdrehen können, bis auf wenige Spiele, wo es halbwegs spannend zuging, war das Fußballfeld von gähnender Langeweile umgeben.

Soviele Null-zu-Null-Spiele wie bei dieser WM, so ein beschissener Fußball, wiehier gespielt wurde, das ist sogar bei uns selten. Sportlich war also nicht viel los. Dafür hat aber die Kasse geklingelt.

Noch bevor der Finalsieger feststand, begannen schon einige, das Geld zu zählen:

- die Spieler, die bis zu 3 Mill.S an Prämien und aus Werbeverträgen einstreichen
- die Vereine, deren Ansehen und Marktwert durch gute Leistungen ihrer Spieler aufgewertet werden
- der Deutsche Fußballbund als Veranstalter - geschätzter Reingewinn 14o Mill.S
- vor allem die verschiedenen Kapitalisten, die mit der Fußball-WM und deren offiziellem Emblem werben und ihre Umsätze ankurbeln, für die einzelne Spieler und ganze Mannschaften als lebende Litfaßsäulen herumlaufen (der große Star der letzten 3 Weltmeisterschaften, die "Schwarze Perle" Pele, hat einen millionenschweren Werbevertrag mit Pepsi-Cola)
- die Fernseherzeuger und -händler, deren Verkaufsziffern sprunghaft anstiegen
- die Sportartikel-Branche
- die Fremdenverkehrswirtschaft
- schließlich die Zeitungen, die auf Wochen hinaus reißenden Absatz fanden
- und nicht zuletzt die Baufirmen, die für Steuermilliarden riesige Stadien bauen, die später vielleicht einmal im Jahr voll sein werden.

Auch die Politiker verschiedenster Färbungen und Staatszugehörigkeit versuchten, sich ein Stück vom WM-Rahm abzuschöpfen. Vor jedem Spiel mußten wir uns ganz genau sagen lassen, wer aller "Prominenter" da ist, wer fehlt, und wer gerne gekommen wäre. Als ob einen das interessieren würde, wenn man ein gutes Fußballspiel sehen will.

Aber nichteinmal die Spiele selbst waren gut. Den Mannschaften kam es überhaupt nicht

Fortsetzung auf S. 20

Menschenhandel bei der WM

Das Spielergeschäft blüht bei dieser WM wie selten zuvor. Der Umsatz ist glänzend. Die vielen Vereinsbosse sind ja schließlich nicht wegen der spannenden Spiele nach Deutschland gekommen, sondern um einzukaufen - und viele Spieler sind hier, um gekauft zu werden.
Etliche haben es auch schon geschafft:

- Johann Neeskens wechselte für stolze 22 Mill.S (ein Drittel davon als Handgeld) von Ajax Amsterdam zu FC Barcelona
- Für 11 Mill.S erwarb Olympique Marseille den Brasilianer Paulo Cesar
- Johnny Rep (Holland), einer der erfolgreichsten Torschützen der WM, wird von Real Madrid und Anderlecht umworben
- Haitis Tormann Francillon spielt in der nächsten Saison bei 186o München
- auch Hollands Torhüter Jan Jongbloed wechselte für etliche Millionen den Verein: vom FC Amsterdam zu Ajax
- für die halbe jugoslawische Mannschaft gibt es schon Abnehmer - für Maric, Haziabdic, Oblak, Petrovic, Àcimovic und Dzajic
- Trainer sind ebenfalls gefragt. Jugoslawiens Teamchef Milan Miljanic wird nächstes Jahr Real Madrid trainieren - sicher nicht umsonst.

Wer schlecht spielt, ist allerdings schnell aus dem Geschäft. Das merkte Fernando Morena (Uruguay). Ihn wollte Real Madrid um 2o Mill.S kaufen, nach der schwachen Vorstellung der Urus platzte der Transfer.
Auch für Günther Netzer sieht es nicht gerade rosig aus. Bei der WM wurde er kaum eingesetzt, zudem reist Real-Präsident Bernabeu angeblich durch Deutschland und versucht, Netzer irgendwie loszubringen.

Ganz bestimmt aber wurden auf dieser WM noch etliche Millionen umgesetzt.
Sport ist nur gefragt, wenn er auch etwas einbringt.
GELD VERBINDET DIE SPORTLER UND NICHT DER SPORT DIE VÖLKER!

-w.s.-

Fußball-WM

darauf an, ein gutes Spiel zu liefern, sondern nur darauf, weiterzukommen.

Das beste Beispiel war wohl Brasilien, wo die Spieler überhaupt nichts leisteten, als halt nur, was überhaupt notwendig war. Daß die Brasilianer aber nicht die einzigen waren, zeigen die vielen o:o-Ergebnisse.

woran liegt das?

Zum ersten daran, daß es um Geld geht und nicht um den Sport. Jede Runde, die irgendwie überstanden wurde, bedeutete wieder ein paar Scheine mehr.

Zum zweiten daran, daß viele Regierungen auf die Spieler Druck ausüben, damit diese die "Ehre des Landes" verteidigen. Besonders faschistische Regimes wie Brasilien legen auf Erfolge am Fußballfeld wert, ist es doch das Mittel, die Massen von ihren Problemen abzulenken. "Siegt oder sterbt!", so Mobutu, Staatschef von Zaire, zu seinen Spielern.

Und nicht zuletzt deshalb, weil die Spieler vom Fußball leben, und es ihnen nicht darum geht, uns gute Spiele zu liefern, sondern ihren Marktwert, ihre Werbekraft zu erhöhen.

muß das so sein?



Nein, das muß nicht so sein. Es ist nur so: Beim Fußballspiel und bei der Weltmeisterschaft im besonderen spiegeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse wieder.

Unsere Sportbegeisterung wird ausgenutzt. So wie es in den Fabriken auf der einen Seite Ausgebeutete gibt, und auf der anderen Seite Ausbeuter, so gibt es bei den Fußballweltmeisterschaften auf der einen Seite Leute, deren Sportbegeisterung ausgenutzt wird, und auf der anderen Seite Leute, die die Sportbegeisterung ausnützen.

Die letzteren haben es besser.
Sportbegeisterung ist gut. Besser ist es, wenn sie von niemandem ausgenützt wird. Dazu braucht man aber andere Verhältnisse als bei uns.

In der Volksrepublik China gilt als Grundsatz: Erst Freundschaft, denn Wettbewerb. Das ist ein guter Grundsatz.

Er kann aber offensichtlich nur gelten, wenn in der Gesellschaft insgesamt nicht Ausbeutung, Profitstreben und Unterdrückung herrschen. Bei uns ist aber das Gegenteil der Fall.

Den Politikern kommt es auf den Platz an der Sonne an, den Sportlern auf das Geld und das Ansehen, den Trainern auf ihren Job und ihren Ruf als Strategen, und den Geschäftemachern aufs Geschäft wie den werbenden Firmen auf die Werbung.

Sport ist für sie bloß ein Mittel zum Zweck.

W.S./JM/-g.sch.-

VORWÄRTS
Eigentümer, Herausgeber: KOMMUNISTISCHER BUND TIROL (KB TIROL), für Druck, Verlag und Inhalt verantwortlich: Andreas Cologna, alle: 6020 Innsbruck, Ing. Etzlstr. 3.
Erscheinungsort: Innsbruck. Auflage: 1000

Für das Geld, das ein west deutscher Spieler für den WM-Sieg eingeschoben hat. muß ein durch schnittlicher deutscher Arbeiter 23 Jahre lang arbeiten.

(aus Kurier)